



Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe.

Sonntag, den 17. Februar 1889.

Nr. 81.

Das Weißbuch über Samoa.

Die dem Reichstag zugestellte Sammlung von Schriftstücken zur Samoa Angelegenheit ergibt auf das Klarste, mit welcher Mäßigung, Zurückhaltung und Vertragstreue gegenüber England und Amerika die deutsche Regierung in dieser Frage konsequent verfahren ist. Nach dem von amerikanischer Seite herbeigeführten und dem Anschein nach auch von dem englischen Konsul begünstigten Ueberfall auf die deutschen Marine-Mannschaften vom 18. Dezember meldete der deutsche Konsul unterm 28. Dezember telegraphisch: „Wäre Annexion möglich, so würde vorzugsweise mit dieser Nacht Ruhe wieder herzustellen sein.“ Aber wie das auswärtige Amt auch unter dem Eindruck eines verrätherischen Streiches sofort zurück telegraphiert, daß „Annexion wegen Abmachung mit Amerika England selbstverständlich ausgeschlossen ist“, so hat es nach Ausweis der vorliegenden Aktenstücke während der zwei Jahre der samoanischen Wirren unausgesetzt den deutschen Vertretern in Samoa eingeschärft, daß es sich lediglich um den Schutz der deutschen Interessen in Samoa handle, daß, wenn diese gesichert würden, Deutschland auf keine bestimmte Form der samoanischen Regierung Werth lege, daß man in dieser Beziehung zu dem Entgegenkommen gegen die beiden anderen Mächte bereit sei und sogar den von deutscher Seite begünstigten Tamasese preisgeben würde.

Aber man kann das Weißbuch nicht lesen, ohne den Eindruck zu empfangen, daß diese sicherlich billigenwerthe Haltung der deutschen Interessen in Samoa und in der Südsee überhaupt ungünstige Wirkung gehabt hat. Die englische und die amerikanische Regierung sprachen bei verschiedenen Anlässen ihre Uebereinstimmung mit der Auffassung des deutschen auswärtigen Amtes aus und schickten ihre Vertreter in Samoa auch entsprechend instruiert zu haben. Aber während der deutsche Konsul und der deutsche Geschwader-Kommandant durchaus im Sinne der ihnen erteilten Anweisungen handelten, ist dies englischerseits nur theilweise und von amerikanischer Seite gar nicht geschehen. Die englischen Marine-Offiziere haben sich loyal und sachgemäß benommen, der englische Konsul aber keineswegs; ist es deshalb doch einmal geschehen, daß in einer Besprechung der Konsuln und der Schiffskommandanten der drei Mächte der englische Kommandant auf die Seite des deutschen Konsuls gegen denjenigen Englands trat. Für das Verhalten des amerikanischen Konsuls und des amerikanischen Kapitäns Leary aber ist kein Ausdruck des Tadels stark genug; sie haben absichtlich und systematisch der Herstellung von Ruhe und Ordnung entgegengeköpft. Der Generalkonsul Sewall hat beispielsweise mit eigener Hand einen Verbrecher aus dem Gefängnis heraus geholt; der Kapitän Leary hat Mataafa und seine Leute, u. A. durch das Versprechen seiner Unterstützung, zur Fortsetzung der Kämpfe angepörrt. Ob dies nun geschehen ist, um den Waffen- und Munitions-Handel von San Francisco zu fördern oder aus anderen Gründen, es ist jedenfalls nicht das einer civilisierten Macht unter Willen gezielte Verfahren. Die notwendige Wirkung aber war, daß unter den Eingeborenen Deutschlands allmählich als ein entweder unzuverlässiger oder machtloser Freund angesehen wurde, da Tamasese den amerikanischen Uebergriffen gegenüber ohne Unterstützung blieb. Im weiteren Verlauf dieser Verhältnisse haben die angesammelten Deutschen mannigfache Beeinträchtigungen durch die übermächtig gewordenen Anhänger Mataafa's erfahren; es ist geplündert und an den deutschen Niederlassungen sonstiger Schaden angerichtet worden.

Das auswärtige Amt hält auch jetzt mit Recht an der ruhigen und gemessenen Haltung fest, welche es imangelegt beobachtet. In der Erwiderung des Reichslandlers auf die Anfrage des Chefs der Admiralität wegen der völkerrechtlichen Verhältnisse wird bemerkt: „Der Werth unserer Genugthuung wird dadurch nicht abgeschwächt, daß Se. Majestät die Durchführung derselben erst nach voller Kenntniß der zu strafenden Vorgänge befehlen wollen. Es kommt bei Bestrafung der Schuldigen mehr darauf an, daß

sie gerecht und nachdrücklich sei, als daß sie schnell erfolge.“ Aber es heißt darin auch:

„Wir werden jetzt in Samoa gegen die Anhänger Mataafa's Abwehr und Vergeltung zu üben haben. Wer dann den Banden unserer Gegner beisteht und den Kampf derselben gegen uns fördert, der wird dadurch gleich ihnen in den Wirkungskreis unserer völkerrechtlich begründeten Aktion gegen herrenlose Friedensbrecher treten und sich die Folgen davon zuschreiben haben.“

Die Entlassung des Generalkonsuls Sewall durch die amerikanische Regierung gestattet die Hoffnung, es werde von Washington aus jetzt dafür gesorgt werden, daß den dortigen Worten die amerikanischen Handlungen entsprechen.

Deutschland.

Berlin, 16. Februar. Am heutigen Vormittag unternahmen die Majestäten eine gemeinsame Spazierfahrt nach dem Tiergarten. Später begab sich der Kaiser nach dem Palais der Kaiserin Augusta, um daselbst Uniformstücke, Waffen und Orden des hochseligen Kaisers Wilhelm I. zu besichtigen, bevor dieselben dem Zeughaus bezw. dem Hohenzollern-Museum überwiesen werden. Darauf nahm der Kaiser im Schlosse Vorträge entgegen und arbeitete dann längere Zeit mit dem Chef des Militärkabinetts. In der Mittagsstunde verabschiedete sich der außerordentliche Abgesandte des Sultans von Marokko mit seinen Begleitern von den kaiserlichen Majestäten.

Die marokkanischen Gäste reisen morgen früh 6 Uhr ab, um sich zunächst zu etwa zweitägigem Aufenthalt nach Essen zu begeben.

Ein stilles Erinnerungsfest begeht heute die Kaiserin Augusta. Heute vor 60 Jahren, am 16. Februar 1829, fand die feierliche Verlobung des Prinzen Wilhelm von Preußen, Sohnes des Königs von Preußen, mit der Prinzessin Augusta, Herzogin von Sachsen, statt.

Die „Nat. Ztg.“ erhält über die Reise Kaiser Alexanders nach Deutschland folgende Mittheilung:

Hamburg, 16. Februar. Der Zar wird begleitet von seiner Gemahlin mit einem Geschwader der russischen Flotte zum Besuche des Kaisers im Juni in Kiel eintreffen.

In der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses wurde gestern der neu eingeführte Titel (15a): „160,000 Mark Zuschüsse zu den auf den Universitäten bestehenden Witwen- und Waisen-Versorgungs-Anstalten“ (mit welchem der Fortfall der Reliktenbeiträge der Professoren und die Ausbringung einer gleichmäßigen Pension von 1400 Mark für die Wittve eines ordentlichen Professors und von 1000 Mark für die Wittve eines außerordentlichen Professors nebst entsprechenden Waisengeldern beabsichtigt wird) nach langer Debatte abgelehnt. Die Ablehnung erfolgte, weil die große Mehrheit glaubte, obwohl die baldige Regelung dieser Verhältnisse von allen Seiten als sehr erwünscht bezeichnet wurde, trotz des Vorbergehenden der Regierungsvertreter, auf einer vorhergehenden gefälligen Festlegung derselben bestehen zu müssen.

Ueber die Wiederaufnahme der Sitzungen des Reichstags sind, dem Vernehmen der „Kreuzztg.“ nach, keine Bestimmungen getroffen. An den maßgebenden Stellen wird man erst die Anberaumung einer Sitzung ins Auge fassen, wenn Stoff zu Beratungen vorhanden ist. Das ist zunächst nur zu erwarten, nachdem die Kommission mit ihrem Stoffe zu Ende sind. Wenn der in Aussicht gestellte Nachtragsetat für Heer und Marine mitgeteilt wurde als eine Veranstaltung zur früheren Berufung des Reichstags, so mag nur daran erinnert werden, daß diese Vorlage noch nicht einmal an den Bundesrath gelangt ist, also noch ganz außerhalb der Erwägung des Reichstags-Präsidenten liegt. Vorläufig ist es immer noch wahrscheinlich, daß die nächste Plenarsitzung erst ungefähr Mitte März stattfindet.

Herr Gessien macht wiederum von sich reden. Er hat, wie jetzt gemeldet wird, am Tage nach der Gessien-Debatte im Reichstage eine Klage gegen den Reichsanwalt „wegen Verletzung des Briefgeheimnisses und unbefugten Nachdrucks seines geistigen Eigentums“ anhängig

gemacht. Ferner wird erwähnt, er habe eine Schrift, „Bismarck und das Reichsgericht“, unter der Feder, welche in einer kürzlichen Verlagsbandlung baldigst erscheinen soll. — Was die persönlichen Verhältnisse Gessien's betrifft, so hat sich die Nachricht, daß er sich von Konstanz aus bereits nach der Schweiz begeben, als irrig herausgestellt. Gessien befindet sich noch immer in der Heilanstalt in Kreuzlingen, und es überlebte auch seine Gattin aus Hamburg dahin. Gessien verbleibt in der Heilanstalt, wie bestimmt worden, zwei Monate, nimmt aber sodann seinen bleibenden Aufenthalt im Kanton Thurgau in der Schweiz, und zwar in einer Villa am See bei Kreuzlingen.

Die „Kolonial-Ztg.“ schreibt: „Wir haben schon darauf hingewiesen, daß die neugegründete deutsch-brasilianische Plantagengesellschaft des Herrn Dr. A. v. Ege wenig Vertrauen verdiene und uns geweigert, obwohl uns von Seiten der damaligen Direktion mit einer Klage gedroht wurde, unsere Behauptungen, welche wir zu beweisen uns erbieten, zurückzunehmen. Diese Gesellschaft hat sich, nachdem von Ege ausgeschlossen, in eine deutsche Kolonisationsgesellschaft mit dem Sitz in Berlin-Schöneberg, Friedrich Bollmar Brückner Direktor, Hauptmann Karl Schöbert Generalsekretär und Kaufmann P. Wolsborn Schatzmeister, umgewandelt und versteht eine Art Prospekt an „alle Freunde der deutschen Kolonialpolitik“. Die Gesellschaft, welche in erster Linie a. die bereits in Südamerika bestehenden deutschen Kolonien ins Auge fassen und selbst an passenden Plätzen geeignete Ländereien erwerben, b. die nöthigen Faktoreien anlegen, c. durch bereits angeknüpfte Verbindungen den Absatz der Erzeugnisse der Kolonien zu fördern suchen will, hat bis heute noch keinen Besitz, sondern will erst solchen durch Hilfe einer in diesem Frühjahr auszuführenden Expedition erwerben. Ferner will sie aus ihrer Handelsfaktorei in Bahia Ananassaft und Papayetin nach Europa exportieren. Die Gesellschaft betreibt eine neue Art, ihre Anttheilsscheine a 100 Mark unterzubringen. Sie engagirt überall Generalagenten und Agenten zu diesem Zweck und zahlt den Agenten 7 Proz. Provision auf verkaufte Anttheilsscheine. Die Provision des Generalagenten ist nicht bekannt, doch dürfte dieselbe im Verhältnis zu der der Unteragenten stehen. Dieselben versprechen den Zeichnern von Anttheilsscheinen allein auf das Exportgeschäft im ersten Jahre eine Dividende von 100 Prozent. Wir brauchen nicht besonders zu betonen, daß dieses Vorgehen den Stempel größter Unsolidität an sich trägt, so daß nachdrücklich vor einer Theilnahme gewarnt werden muß.“

Die ungarische Hauptstadt zeigt fortwährend eine höchst erregte Physiognomie. Alle Bemühungen, die von offizieller und nicht offizieller Seite gemacht worden sind, um die in weiten Kreisen der Bevölkerung herrschende Aufregung und Erbitterung zu beschwichtigen, sind bisher erfolglos geblieben, selbst der Hinweis auf die Möglichkeit, daß der Hof sich durch die andauernden Straßentumulte bewegen fühlen könnte, die Hauptstadt zu verlassen hat nicht gefruchtet, und es hat ganz den Anschein, als ob es noch zu weiteren ernsten Unruhen kommen soll. Aus Pest wird über die derzeitige Stimmung und die Absichten der Opposition Folgendes gemeldet:

Die Nacht auf heute (Sonntag) verlief ruhig. Die Agitation konzentriert ihre ganze Kraft auf den morgen (Sonntag) Nachmittag stattfindenden großen Umzug, den 16 Abgeordnete der Opposition eröffnen und 16 beschließen wollen. Der Zug wird sich mit Fahnen unter der Abführung patriotischer Lieder über die Ringstraße und den Donauquai bewegen und dort angeht der königlichen Burg Ehrerufe auf den König ausbringen. Der Stadthauptmann erklärt, er werde das Volk durch Trompetenschall, nicht bloß mündlich, auffordern, sich zu zerstreuen. Großen Eindruck machten die in der gestrigen Sitzung des Unterhauses erhobenen Vorwürfe, daß Liska i. Z. als Führer der Opposition die Studenten, die jetzt Abgeordnete sind, zu Straßendemonstrationen aufgereizt habe.

Aus Rom erfährt das „B. L.“ durch ein Privat-Telegramm Folgendes:

„Der Vatikan ist noch immer bemüht, Kapital aus den letzten Straßentravallen zu schlagen. Die Fraktion der Intransigenten drängte den Papst, den ausländischen Mächten in Folge der Krawalle mit der Abreise von Rom zu drohen. Allein der Papst verbat sich rundweg jede Aeußerung in dieser Hinsicht, er will vom Verlassen Roms absolut nichts wissen. Dagegen sind den ausländischen Bischöfen, so auch denen Deutschlands, Weisungen zugegangen, die sie an die Nothwendigkeit einer eifrigen Propaganda für die Rechte des Papstthums, sowie der Bekämpfung aller destruktiven Tendenzen, besonders der Freimaurerei, erinnern. Der Papst gedenkt in künftigen Allokutionen und Encykliken jede Anspielung auf die römische Frage thöricht zu vermeiden, dieselbe vielmehr den Bischöfen des Auslandes fortwährend insgeheim ans Herz zu legen. Der Papst drückte neulich auch wiederholt den sehnlichsten Wunsch aus, den Jesuitenorden, mit welchem ihn jetzt die intimsten Bande verknüpfen, und dessen Erziehungsanstalten in Deutschland wiederhergestellt zu sehen. Wie es scheint, ist aber aus Berlin eine direkt abweisende Antwort eingelaufen; wie mein beinformirter Gewährsmann versichert, ist das Befinden des Papstes neuerdings relativ vorzüglich; der Papst ist jetzt weit weniger nervös, als früher. Trotzdem hat er vielfach Ohnmachtsanfälle, seine Nahrung ist fast ausschließlich flüssig und trotz seines relativen Wohlbefindens waltet eine große Altersschwäche ob, welche eine plötzliche Katastrophe nicht ausschließt.“

In der italienischen Depuirttenkammer wird Crispi, soweit es sich übersehen läßt, heute ein mit großer Mehrheit angenommenes Vertrauensvotum erlangen. Hierbei ist es völlig gleichgültig, wenn die Makkontenten vom Schläge Vaccarino und Nicoteras oder vom Salmit-Republikaner mit Costaa den Konseilpräsidenten befehlen. Ueber den Verlauf der gestrigen Sitzung wird telegraphisch gemeldet:

Rom, 15. Februar. Bei der Fortsetzung der Beratung der von Bonghi beantragten Tagesordnung richteten mehrere Redner, darunter Nicotera, heftige Angriffe gegen Crispi. Der Ministerpräsident gab hierauf eine Darstellung der Vorgänge vom 8. Februar und wies nach, daß die Angriffe der Vorredner sich nicht auf diese Vorgänge beziehen, sondern dem gegenwärtigen Regierungssystem gelten. Er verteidigte die von ihm befolgte Politik und erklärte, daß er, wenn das Urtheil der Kammer ihm günstig sei, sein Werk im Interesse des Königs und des Vaterlandes fortsetzen werde. Wenn dieses Urtheil ihm ungünstig sein sollte, so werde er dennoch seine Pflicht thun. Fortsetzung morgen.

Wie gestern Abend laut telegraphischer Mittheilung aus Paris verlautete, hätte Carnot die Absicht, Rouvier mit der Bildung des neuen französischen Kabinetts zu beauftragen. Wie man auch die jüngste Ministerkrise in Frankreich auffassen mag, steht doch fest, daß es mit der Herrschaft der Radikalen zu Ende ist. Nirgends ist davon die Rede, daß etwa Clemenceau die Erbschaft Floquet's antreten könnte. Letzterer ist dadurch tragisch schuldig geworden, daß er, gleichviel ob im Hinblick auf das Verhalten des Ernsts eine starke Position politischer Heuchelei ein Spiel war, die Verfassungsgesellschaft in den Vordergrund stellte und dadurch den Boulanger'schen Vorstoß leistete. Letzterer wiederum schreckte nicht davor zurück, ihr Programm zu verleugnen, indem sie mit den Opportunisten gegen ihre eigene Forderung votierten. Mag immerhin die Revision im Sinne Boulanger's wesentlich verschieden sein von derjenigen, welche Floquet anstrebte, so wird doch ein großer Theil der Bevölkerung Frankreichs nicht das richtige Verständnis dafür besitzen, daß Boulanger vorgestern seinem eigenen Programm abtrünnig wurde. Andererseits wird sich nun zeigen müssen, welchen Erfolg eine Schwankung nach rechts haben wird. Sind doch von den Republikanern aller Schattirungen bereits so viele Fehler gemacht worden, daß von einer „rettenden That“ in nächster Zeit kaum die Rede sein kann. Vielmehr wird das bisherige Schankelsystem allem Anschein nach bis zu den nächsten allgemeinen Wahlen fortdauern, zumal da Boulanger bisher den Beweis schuldig geblieben ist, daß er der

„starke Degen“ ist, als welcher er früher von den Leuten der Patriotenliga ausgesprochen wurde. — Man schreibt aus Konstantinopel unter dem 9. Februar: Ein russischer Marine-Offizier sehr vornehmen Namens, der im vorigen Jahre auf einem russischen Kriegsschiffe den Hafen von Cherbourg besuchte, sprach kürzlich über die Eindrücke, die er dort im Kreise der französischen Marine-Offiziere gewonnen. Die Russen wurden mit so übertriebener Begeisterung begrüßt, daß sich die Offiziere gegenseitig oft anstießen und über die fast friedliche Höflichkeit aufhielten. Das französische Marine-Offizierskorps selbst war nach der Schilderung jenes Offiziers in zwei Parteien gespalten, Monarchisten und Republikaner, was sich auch im Klub nach dem Essen durch Bildung von Gruppen bemerkbar machte. Als der Offizier sich gelegentlich zu einer Gruppe, mit welcher er bisher gesprochen hatte, zu einer andern setzen wollte, sagte ihm sein Nachbar: „Gehen Sie doch nicht dorthin; was wollen Sie denn von jenen Schweinen von Republikanern.“ Fortwährend sprach man von den eigenen zerfahrenen innern Verhältnissen des Landes oder von Politik und in taktloser, herausfordernder Weise von dem französisch-russischen Bündnis gegen Deutschland. Achtung der jüngeren Offiziere vor den älteren, zumal wenn diese einer anderen politischen Partei angehörten, war kaum zu bemerken. Man spottete über die Vorgesetzten und die eigenen Verhältnisse. Als die russischen Offiziere am folgenden Tage ein französisches Schiff besuchten, wandte sich ein schon älterer Offizier an einige russische Offiziere mit der Frage: „Haben Sie schon unsern „butor“ (Töpel) von Kommandanten gesehen?“ Der junge russische Offizier schüttelte den Kopf, diese Eindrücke geradezu abgestoßen. Einen vortrefflichen Eindruck hat ihm dagegen das deutsche Marine-Offizierskorps in Kiel gemacht. Er meinte, dort sei alles, vom Admiral bis zum jüngsten Lieutenant, aus einem Guss gewesen; niemals habe man im Gespräch eigene dienstliche oder Landesverhältnisse berührt. Allerdings sei man, bei großer Liebenswürdigkeit, doch ziemlich steif gewesen.

— Aus Washington wird von gestern gemeldet:

Die Mehrheit der Finanzkommission hat der Repräsentantenkammer die Tarifvorlage Mills mit dem darauf bezüglichen Amendement des Senats und einer Resolution unterbreitet, in welcher es als der Verfassung zuwiderlaufend erklärt wird, daß die Vorlage des Senats an die Stelle der Mills'schen Vorlage trete. Die Kammer möge daher die Vorlage dem Senate mit dem Bemerkten zurückstellen, daß nach der Verfassung nur die Repräsentantenkammer zur Einbringung einer derartigen Vorlage ermächtigt sei. Dem Wesen nach beschloß die Finanzkommission, der Repräsentantenkammer über eine Ermäßigung der Einnahmen um 70 Millionen zu berichten.

U s l a n d.

London, 14. Februar. Heute feiern wir mit dem „Standard“ das große Friedens- und Versöhnungsfest zwischen Deutschland und England. Madenzie, Morier und Gessien sind vergessen; von dem europäischen Gleichgewichte das durch Deutschlands Übergewicht gestört ist und durch Englands Annäherung an Rußland wieder hergestellt werden soll, ist nicht mehr die Rede; denn — wie der Leitartikel des „Standard“ zum Schlusse besagt — „große Nationen haben etwas Besseres zu thun, als albernem Grolle nachzugeben und eingebildeten Unwillen zu nähren.“ Dem vielfach angekündigten Besuche des deutschen Kaisers in England stellt der „Standard“ das glänzende Horoskop: „Wir behaupten“ — so prophezeit er —, „daß ihm weder in Petersburg noch in Wien und Rom ein Empfang zu Theil wurde, der an Herzlichkeit denjenigen übertrifft, den wir ihm hier erwarten würde.“ Die Engländer seien im allgemeinen frei von kleinlichen Rücksichten; sie vergäßen und vergäßen leicht und beanspruchten dieselbe Milde auch von anderen Nationen. Engländer und Deutsche besäßen eine kammerverwandte rauhe Ausdrucks- und Angriffsweise bei plötzlichen Herausforderungen; aber zugleich eine ebenso rasche Reizung, den Streit durch einen freundschaftlichen Handschlag beizulegen, und in der That bedürfe es weit größerer Anschuldigungen, um die überkommene Freundschaft der beiden Nationen zu gefährden. Der König würde der Besuch ihres Enkels, des deutschen Kaisers, hoch willkommen sein. Wie in allen Familien, so träten auch innerhalb der königlichen Familien vorübergehende Zwiste auf, die von der Neugier übertrieben würden; aber schließlich hege der deutsche Kaiser für die englische Königin die Ehrfurcht, die ihr gebühre. Im Folgenden sucht der „Standard“ die halbfeindliche Haltung Englands gegen die deutschen Kolonialbestrebungen zu beschönigen und zu entschuldigen. Es gäbe eine gewisse Klasse von Engländern, welche die fern und halbgelagerten Kontinente als ihr ausschließliches Eigentum ansähen und daher den erstaunlichen Unternehmungsgeist der Deutschen mißbilligten. Inzwischen sei das Zeitalter der Handelsmonopole vorüber und England müsse sich daher mit der Befriedigung über die Ueberlegenheit der eigenen Thakraft begnügen. Daß die Engländer aber die Verluste, welche ihnen das unerfahrene Ungeschick der Deutschen zufügte, mit Geduld ertragen hätten, sei der beste Beweis für die Freundschaftlichkeit ihrer Gesinnungen gegen Deutschland; und wenn man das Vorgehen der Washingtoner Regierung in der Samoa-Frage ansehe, müßten die Deutschen eingesehen, daß sie nirgendwo eine freundlichere und

schonendere Behandlung erfahren hätten, als von England. Dafür aber erkenne der „Standard“ auch andererseits wieder die großartigen Verdienste an, welche Deutschland sich um den europäischen Frieden erworben habe. „Es unterliegt keinem Zweifel“ — so sagt er —, „daß, wenn nicht Deutschland sich zum Friedenshorte gemacht, der Krieg längst Gebiete betreffen hätte, deren Schicksal für England unmöglich gleichgültig sein könnte, es sei denn, daß es, der Reichslast müde, sich nach Selbstvernichtung sehnte.“ Naturlicherweise schäme Deutschland gelegentlich unter der ihm aufgebürdeten eisernen Last und großt ob des Vortheils, den wir (die Engländer) in Folge unserer Insellage genießen.“ Aber England habe einerseits weit ausgedehntere Verbindlichkeiten als Deutschland und schide sich eben an, seine weltumspannenden Verteidigungsmaßregeln zu vollenden. In dreifacher Hinsicht also seien England und Deutschland untereinander verbunden: durch dynastische Verwandtschaft, nationale Vettertschaft und durch das noch viel wesentlichere Band gemeinsamer Interessen. „Gegen über diesen Freundschaftsgründen kommt die vorübergehende, durch persönliche Mißverständnisse hervorgerufene Gerechtigkeit überhaupt nicht in Betracht; und wann auch immer der deutsche Kaiser unsere Küsten besuchen wird, es wird ihm vom Hofe und vom Volke ein Willkommen werden, der alle Spuren von Verdruss und Aergerniß verwischt wird.“ Soweit der „Standard“. Es ist also alles so gekommen, wie an dieser Stelle vorausgesetzt ward. Sir M. Madenzie ist von seinen Berufsgenossen förmlich erkommuniziert worden; Sir R. Morier sitzt zwar noch auf seinem Posten in Petersburg, wird aber eines Tages schon erfahren, wie man im Grunde hier seine freche Plumpheit und naseweiße Einmischungslust beurtheilt; und an einen offenen denkbaren Überhaupt niemand mehr, seitdem die Leiden des armen William O'Brien die Engländer auf ihre eigene Behandlung politischer Verbrecher aufmerksam gemacht haben. Was aber vielleicht mehr als alles andere die Umkehr beschleunigte, war der pöbelhafte Artikel der „Contemporary Review“ über die Bismarck-Dynastie; er öffnete dem englischen Volke die Augen über die geheimen Ziele gewisser Kreise, die England mit Deutschland verfeinden möchten, um es Rußland und Frankreich in die Arme zu treiben. Dem liebenswürdigen Artikel des „Standard“ haben wir nichts hinzuzufügen. Er stellt das Verhältniß der beiden Länder wieder her, wie es vorher gewesen, nur mit dem Unterschied, daß es einen noch freundschaftlicheren und herzlicheren Anspruchs gewonnen hat. Die Behauptung des „Standard“, daß unser Kaiser hier einen begeisterten Empfang finden werden, kann ich aus meiner eigenen Erfahrung nur bestätigen. Die englische Armee begibt von ihm die höchste Meinung, und das englische Volk, welches Muth und Thakraft in jeder Form anbetet, bewundert an ihm die Unentwegtheit, mit welcher er über Stolz und Stein seine Pläne durchsetzte. Nur einen giebt es, der noch vollstümmliger hier wäre, der vielschmähige Fürst Bismarck, dessen Großthaten felerlich schon seit einem Vierteljahrhundert die Bewunderung der Welt erregt haben.

Petersburg, 14. Februar. In hiesigen eingeweihten Kreisen wird mit voller Bestimmtheit angenommen, daß die Gerüchte über die Verlobung des Thronfolgers mit der Prinzessin Alix von Hessen durchaus unbegründet seien; das Kaiserpaar denke noch nicht an die Verheirathung des Thronfolgers, der noch eine umfassende wissenschaftliche und militärische Ausbildung erhalten und später größere Reisen unternehmen soll.

Bukarest, 15. Februar. In der heutigen Sitzung der Deputirtenkammer wurde nach kurzer Debatte die gestrige Abstimmung, durch welche der Antrag Blarenberg, das frühere Ministerium Bratiano in Anklagestand zu versetzen, mit 80 gegen 79 Stimmen abgelehnt worden ist, bestätigt.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 17. Februar. Die Vernichtung eines bis auf die Unterschrift fertig gestellten Pfändungs-Protokolls, welches der Vollstreckungs-Beamte dem Schuldner zur Unterschrift überreicht hatte, seitens dieses Schuldners ist, nach einem Urtheil des Reichsgerichts, 2. Strafsenats, vom 20. November v. J., aus § 133 Strafgesetzbuches (wegen vorsätzlicher Vernichtung eines einem Dritten amtlich übergebenen Gegenstandes) zu bestrafen.

— Als Weihnachtsgeschenk erhielt ein Verführer von seinem Meister eine Summe von 100 Mark. Ob er mit diesem Geschenk nicht zufrieden, oder ob er durch dasselbe übermüthig geworden war, ist unaufgeklärt geblieben, jedenfalls aber erwiesen worden, daß der Empfänger einige Tage später in seiner bisherigen Emsigkeit nicht nur nachließ, sondern das Betragen gegen seinen Meister vollständig änderte, so daß dieser wiederholt genöthigt war, ihn mit sofortiger Entlassung zu drohen. Nachdem der Verführer am Jahresabschluß sein Gehalt in Empfang genommen hatte, erschien er in der Werkstatt nicht wieder, erklärte auch auf erfolgte Anfrage, daß er sich niemals mehr bei dem Meister sehen lassen würde. Dem Letzteren lag bei dieser Aufführung an einer Rückkehr auch nicht viel, zumal er in kürzester Zeit einen vortrefflichen Ersatz in einem andern Werkmeister bekam. Um aber wenigstens etwas zu strafen, verlangte er die zu Weihnachten als Geschenk gegebenen 100 Mark zurück und klagte, da eine Einigung nicht erfolgte, auf

deren Rückgabe. Der Beklagte erhob den Einwand, daß die Schenkung für bereits geleistete Dienste gegeben sei, also nicht widerrufen werden könne. Dieser Ansicht ist das Gericht nicht beigetreten und hat ein belohnendes Geschenk nur als ein solches erachtet, durch das eine löbliche Handlung oder ein geleisteter wichtiger Dienst vergolten werden soll; diese aber können nicht darin gefunden werden, daß der Beklagte sich längere Zeit hindurch die Zufriedenheit des Klägers erworben hat. Letztere zu erringen, war eben die Pflicht des Dienenden gegen seinen Herrn, für deren Erfüllung er Lohn von ihm erhielt. Außerdem ist aber ausdrücklich ein Weihnachtsgeschenk gegeben worden, welches sich als ein gewöhnliches qualifizirt, und das ohne Zweifel widerrufen werden kann. Gestützt auf § 1090 Theil I Titel II A. L. R. ist Beklagter zur Herausgabe des Geschenks verurtheilt worden.

—h. Der Stettin-Randower Bienenzuchtverein hielt am 13. Februar seine 2. diesjährige Sitzung ab. Die Tagesordnung enthielt als Hauptgegenstand die in Stettin vom 5. bis 9. September c. abzuhaltende 3. Wanderversammlung des „Deutschen bienenwirtschaftlichen Zentral-Vereins“, verbunden mit einer großen Ausstellung, Verlosung etc. Auf der Delegirten-Versammlung dieses Vereines am 23. September 1887 in Hannover wurde schon der Beschluß gefaßt, daß die 3. Wanderversammlung deutscher Imker 1889 in Stettin und 1891 die 4. in Karlsruhe tagen solle. Der Zeitpunkt für letztere ist nun näher gerückt und wird das Projekt für unsere Hauptstadt demnächst seine Lösung finden. Das Ehren-Präsidium wurde von Sr. Excellenz dem Herrn Ober-Präsidenten von Pommern, Graf Behr-Regen-dank, gütigst übernommen; ebenso bereitwillig erklärte Herr Ober-Bürgermeister Hagen in Stettin die Annahme der Vize-Präsidentenstelle. Um das Werk zu fördern, das in national-ökonomischer Hinsicht auch vom Staate begünstigt und gefördert wird, versprach auch der Herr Vorsitzende des landwirtschaftlichen Vereines in Pommern gütigste Beihilfe. Die Leitung des Werkes ruht vorerst in den thatkräftigen Händen des Präsidenten vom deutschen bienenwirtschaftlichen Zentral-Verein, Herrn Berthold Adolf Rabbow, Pastor in Hohenberg bei Buddenhagen i. Pomm., welcher auch zugleich Vorsitzender des baltischen Zentral-Bienen-Vereins ist. In der Imkerwelt ist die rastlose Thätigkeit dieses Herrn, welcher ein eifriger Förderer der Dzierzons'schen Bienenzucht-Methode in Pommern geworden ist, hinlänglich bekannt. In heutiger Sitzung erfreuten wir uns der Gegenwart des Herrn Pastor Rabbow. Ein fast einstündiger Vortrag lohnte das Erscheinen der zahlreichen Versammlung. Zwei neue Mitglieder traten dem Verein bei. Ein angesagter Vortrag: Sprache der Bienen, mußte wegen vorgerückter Zeit auf nächste Sitzung zurückgestellt werden. Herr Tellow hatte nach einer Menge praktischer Geräthe für Bienenzucht zur Ansicht ausgestellt. Gegen 1/8 Uhr Abends schloß der stellvertretende Vorsitzende Herr Stadtgärtner Kassen die Sitzung mit dem Wunsche, daß im nächsten Monat die Mitglieder mit recht freudiger Stimmung, nach gut erfolgter Auswinterung ihrer Liebblinge recht zahlreich zur Sitzung erscheinen.

— Die Arbeitszeit jugendlicher Arbeiter in Fabriken, welche im § 135 der Reichsgesetzgebung auf 6 resp. 10 Stunden täglich festgesetzt ist, darf nach einem Urtheil des Reichsgerichts, 3. Strafsenats, vom 19. November v. J., in keinem Falle — abgesehen von dem im § 139a Abs. 2 der Gewerbe-Ordnung hervorgehobenen Ausnahmen — überschritten werden, auch wenn an anderen Tagen der Woche die Arbeitszeit eine kürzere ist und die Durchschnittsbauer der wöchentlichen Beschäftigung nicht die Dauer von 36 resp. 60 Stunden überschreitet. In § 139a Abs. 2 der Gewerbe-Ordnung werden unter gewissen, besonders aufgeführten, aus der relativen Schwere der Arbeit und der Art des Fabrik-, namentlich des Maschinen-Betriebes entnommenen Voraussetzungen gewisse Ausnahmen von der vorher festgestellten Regel nachgelassen, nach welcher (§ 135 Abs. 4) bei jugendlichen Arbeitern nicht eine wöchentliche, sondern eine tägliche Berechnung der Arbeitszeit, also kein Hinüberziehen der Arbeitszeit des einen Arbeitstages in die der anderen Tage und keine Kürzung der Gesamtarbeitszeit der 6 Wochentage stattfinden soll; die Festsetzung dieser besonderen, auf den vorliegenden Fall in keiner Weise passenden Ausnahmen befestigt die Regel, nicht aber wird dadurch die Schlussfolgerung gerechtfertigt, welche der Beschwerdeführer gezogen hat und durch welche das Befehlen der Regel als solcher aufgehoben werden würde.

— Das „Mädchhaus“ am Bahnhof Börse in Berlin, welches vom deutschen Verein zur Hebung der öffentlichen Sittlichkeit geleitet wird und in dem den von außerhalb nach Berlin kommenden Mädchen Hilfe geboten wird, hat auch im vergangenen Jahre segensreich gewirkt. 2928 Mädchen haben im vergangenen Jahre Aufnahme im Hause gefunden. Das Haus mußte durch Hinzunahme und Ausbau weiterer Böden der Stadtbahn vergrößert werden. Die Zahl der Betten beträgt jetzt 621, außerdem stehen 40 Nothbetten zur Verfügung. Vielen Mädchen mußte Kredit gewährt werden. Trotzdem hat die Verwaltung einen Ueberschuß von 583 Mark ergeben.

— In der Woche vom 10. bis 16. Februar wurden in der hiesigen Volksküche 2819 Portionen verabreicht.

— In der Woche vom 3. bis 9. Februar kamen im Regierungsbezirk Stettin 146 Erkrankungen und 19 Todesfälle in Folge von ansteckenden Krankheiten vor; am häufigsten zeigte sich Diphtherie, woran 73 Erkrankungen und 11 Todesfälle zu verzeichnen sind, darunter im Kreise Rangard 24 Erkrankungen (2 Todesfälle), in Stettin 16 Erkrankungen (4 Todesfälle) und im Kreise Randow 10 Erkrankungen (4 Todesfälle). Sodann folgt Scharlach mit 34 Erkrankungen (5 Todesfällen), davon 3 Erkrankungen (1 Todesfall) in Stettin. An Maseren erkrankten 33 Personen (1 Todesfall), davon kommen auf den Kreis Pyritz 25 Erkrankungen, während in Stettin nur 1 Krankheitsfall zu verzeichnen war. Am Darm-Typhus erkrankten 3 Personen (2 Todesfälle), und an Kindbettfieber 3 Personen. Im Kreise Anklam kam kein Fall von ansteckenden Krankheiten vor.

Kunst und Literatur.

Theater für heute. Stadttheater: Zum 9. Male: „Silvana.“ — Bellevue-theater: „Der Leiermann und sein Pflögekind.“

Montag. Stadttheater: Zum 8. Male: „Die Nisows.“ Vaterländisches Schauspiel in 4 Aufzügen.

Stettin. Unser heimischer Komponist, Herr Kapellmeister Rich. Eilenberg, befindet sich i. Z. auf einer Konzertreise und weilte gegenwärtig in Hannover, woselbst er mit der Kapelle des 1. hannoverschen Infanterie-Regiments Nr. 74 Konzerte veranstaltete. Der „Hann. Cour.“ schreibt über die ersten beiden Konzerte u. A.: „Der Beifall steigerte sich bei einzelnen Vorstellungen bis zur Begeisterung, am Dienstag besonders nach dem Vortrage der sehr durchdachten Komposition „Die Heimgeländchen“. Das märchenhafte Wesen der Heimgeländchen kam in fesselnder Weise zum Ausdruck, und mit Hingebung lauschte das Publikum. Aber auch „Blau-Perlmäulchen“, „Bach'sches Ball-Entenwunder“, „Blau-Beilchen“, „Fange mich“, „Am Mühlbach“ sind herzerquickende Werke des noch jungen Komponisten, welche ihren Weg nicht nur durch ganz Deutschland, sondern auch in das Ausland, selbst in das deutschfeindliche Frankreich, genommen haben. Stürmischer Beifall fand und verdient der Komponist mit seinem neuen Werke: „Die Jagd nach Glück“. Die Besetzungen der Stücke sind zum Theil recht eigenartig, aber es ist dem Komponisten nachzurühnen, daß er giebt, was er verspricht. Mehrere Stücke mußten auf vielseitiges Verlangen wiederholt, andere eingelegt werden. Herr Eilenberg zeigte sich auch als tüchtiger Dirigent. Der ihm zur Verfügung gestellten Kapelle des 1. hannoverschen Infanterie-Regiments Nr. 74 ist nachzusagen, daß sie trotz nur einmaliger Probe selbst die neuen Stücke, wie die „Italienischen Alpenjäger“, welche neueste Komposition noch nicht im Druck erschienen ist, mit so feinem Zusammenspiel vortrug, dessen nur eine tüchtig gekulte Kapelle fähig ist.

Bermischte Nachrichten.

— Im vorigen Jahre wurde in Batavia ein Prozeß verhandelt, welcher nicht nur in Ostindien, sondern auch im Mutterlande großes Aufsehen erregte. Der Chef der bekannten Firma Daenels & Co. in Batavia wurde angeklagt, die Geschäftsbücher nicht dem Gesetze gemäß geführt zu haben. In erster Instanz verurtheilt, wurde er in der Berufungsinstanz freigesprochen. Mit dem Chef war auch sein Geschäftsführer, ein Amerikaner Namens Hatfield verhaftet worden, der nach einer Haft von neun Monaten ebenfalls freigesprochen und seiner Haft entlassen wurde. Dieser Hatfield führte den Titel eines amerikanischen Bizekonsuls und hat sich jetzt an die Regierung in Washington gewendet. Dem „New York Herald“ zufolge sandte die amerikanische Regierung einen Spezial-Kommissar nach Batavia, um die Sache zu untersuchen, und dieser Kommissar erklärte die Klage des amerikanischen Konsuls als berechtigt. Demzufolge habe jetzt der amerikanische Gesandte im Haag bei der holländischen Regierung Klage erhoben und für die Einsperrung Hatfield's eine Entschädigungs-Summe von nicht weniger als 1,200,000 Gulden gefordert. Man ist auf dem Ausgang der Sache gespannt.

Bankwesen.

(Besteregelte konsolidirte Allkalkwerke, Bart.-Obligationen.) Die nächste Ziehung findet am 1. März statt. Gegen den Kursverlust von ca. 4 1/2 pCt. bei der Auslosung übernimmt das Bankhaus Karl Neuburger, Berlin, Französische Straße 13, die Versicherung für eine Prämie von 30 Pf. pro 100 Mark.

Verantwortlicher Redakteur: W. Sievers in Stettin.

Telegraphische Depeschen.

Madrid, 16. Februar. Der General Biliacampa, welcher in Folge des hier im Oktober 1886 stattgehabten Pronunziamentos nach Melilla deportirt worden war, ist daselbst gestorben.

Bukarest, 16. Februar. Die neue Renten-anleihe im Betrage von 32 Millionen ist in Rumänien mehr als neun Mal gezeichnet worden. Die Subskription dauert heute und morgen fort.

W a s s e r s t a n d.

Oder bei Breslau, 15. Februar, 12 Uhr Mittags, Oberpegel + 4,89 Meter, Unterpegel — 0,01 Meter. Eisstand. — W a r t h e bei Posen, 15. Februar, Mittags, 2,14 Meter.